

Datum: 24. November 2011

Land will ab 2013 Wassercent von Firmen und Verbrauchern kassieren

Frank Giarra

Zahlen für besseres Wasser: Die Landesregierung führt 2013 eine neue Abgabe ein, den Wassercent. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) aus Bitburg sagt: Private Haushalte werden pro Person pro Jahr mit weniger als drei Euro belastet.

Die Europäische Union hat in ihrer Ende 2000 verabschiedeten Wasserrahmenrichtlinie, die für alle Mitgliedstaaten verbindlich ist, eine nachhaltige und umweltverträgliche Wassernutzung als Ziel definiert. Bund und Länder stehen vor großen Aufgaben, die laut Ministerin Höfken viel Geld kosten. In Rheinland-Pfalz entstünden bis 2015 geschätzte Kosten von 415 Millionen Euro. „Geld, das wir nicht haben“, sagt Höfken – und präsentiert als Lösung den Wassercent, der ab 2013 jährlich 20 Millionen Euro einbringen soll. Die Einnahmen würden komplett zweckgebunden für den Gewässerschutz verwendet. Zwölf von 16 Bundesländern erheben bereits diese Abgabe. Sachsen-Anhalt, Bayern und Hessen noch nicht, diskutieren sie aber. Das Umweltministerium plant in seinem Gesetzentwurf, Zahlen für besseres Wasser: Die Landesregierung führt 2013 eine neue Abgabe ein, den Wassercent. Umweltministerin Ulrike Höfken (Grüne) aus Bitburg sagt: Private Haushalte werden pro Person pro Jahr mit weniger als drei Euro belastet. der Anfang Dezember im Ministerrat vorgelegt wird, eine gestaffelte Regelung. Grundsätzlich soll die Wasserentnahme aus Grundwasser oder oberirdischen Gewässern kostenpflichtig sein. Der Verbrauch von Grundwasser soll teurer sein als der von Oberflächen- und Kühlwasser. Zahlen müssen private Haushalte ebenso wie Unternehmen. Es werde eine Bagatellgrenze geben, verrät die Ministerin. Landwirte und Feuerwehren blieben verschont. Die Bitburger Brauerei mit einem jährlichen Wasserverbrauch von rund 1,5 Millionen Kubikmetern lehnt den Wassercent ab. „Als Unternehmen unterliegen wir einer Vielzahl an Steuern und Abgaben. Allein an Biersteuer zahlen wir pro Jahr 30 Millionen Euro an das Land“, sagt Jan Niewodniczanski, Geschäftsführer Technik. Der Wassercent sei „ein weiterer Vorstoß der Landesregierung, an neue Einkünfte zu kommen“. Ressourcenschonung und nachhaltiges Wirtschaften hätten schon jetzt Priorität. Kritik kommt von CDU-Chefin Julia Klöckner: „Trotz sprudelnder Steuerquellen setzt Rot-Grün auf weitere Einnahmesteigerungen anstatt, zu sparen. Das trifft energieintensive Unternehmen und gefährdet Arbeitsplätze.“

© volksfreund.de | Alle Rechte vorbehalten